

23. Oktober 2026

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Luca Caprari, Amaury Krief, Samuel Mäurer, Maik Sattelmair, Pascal Schrader, Valentin Stadler & Richard Winter
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Umfragen und Wahlergebnisse belegen eine hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Bundesregierung, der sich zuletzt auch Vertreter von Industrie und Wirtschaftsverbänden öffentlich angeschlossen haben. Die Daten des GBP zeigen, dass dies auch für kleine und mittelständische Unternehmen gilt. Ihre Vertreter sind mit der Wirtschaftspolitik inzwischen fast so unzufrieden wie nach dem Bruch der Ampel-Koalition. Nur noch in 13 % dieser Unternehmen wird von neutraler oder eher zufriedener Stimmung berichtet. Besonders stark ist die Unzufriedenheit in Bundesländern mit zuletzt populistisch geprägten Wahlkampagnen gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass solche Kampagnen auch wirtschaftspolitische Themen aufgreifen und in Unternehmen wirken. Dies hat reale Auswirkungen. Höhere Unzufriedenheit geht mit Entscheidungen wie Investitionskürzungen einher.

Zufriedenheit regional ungleich verteilt

Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik ist in Unternehmen seit Amtsantritt der aktuellen Bundesregierung im Sommer 2025 stark angestiegen. Waren im Juni 2025 nur 26 % der im GBP befragten Entscheidungsträger gar nicht zufrieden, liegt dieser Anteil im September 2026 bereits bei 42 %. Allerdings zeigen sich regionale Unterschiede. Auffällig ist die Entwicklung in den drei Bundesländern mit Wahlen im September (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin): Im Mai lag die Zufriedenheit dort mit 2,9 noch deutlich über den übrigen Ländern (1,9), inzwischen liegt sie durchgehend darunter. Bundesweit geht eine geringe Zufriedenheit zudem tendenziell mit höheren Umfragewerten für AfD, BSW und Die Linke einher.

Zufriedenheit und wirtschaftliche Lage

Unternehmen, deren Vertreter die Wirtschaftspolitik unter dem Median bewerten, verzeichnen von 2024 bis 2026 durchschnittlich rückläufige Gewinne und Investitionen. Der Abstand hat sich im Zeitverlauf vergrößert: In Unternehmen, die von stärkerer Unzufriedenheit berichten, hat sich die Gewinnentwicklung von -3,5 % auf -6,7 % verschlechtert, in den übrigen Unternehmen ging sie nur leicht zurück (von 3,8 % auf 3,0 %). Ein ähnliches Muster zeigt sich in einer separaten Auswertung des GBP zu den Planungen für die kommenden zwölf Monate: Besonders hohe Unzufriedenheit geht mit etwa doppelt so häufigen Kürzungen bei Fixkosten, Boni und Ausschüttungen einher.

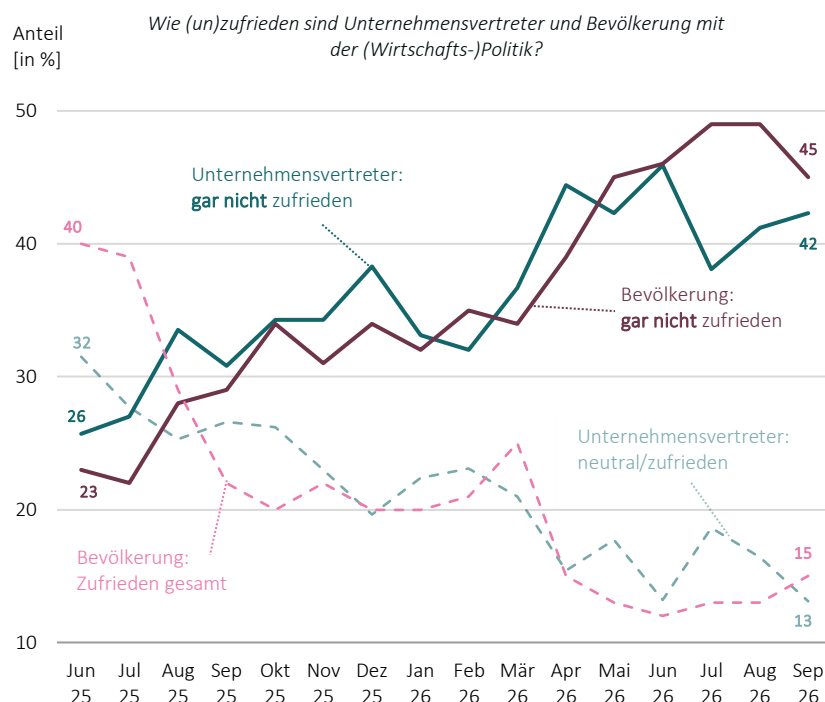


Abbildung 1

Unzufriedenheit in Unternehmen entwickelt sich parallel zur Stimmung in der Bevölkerung

Die Abbildung zeigt, wie sich Unzufriedenheit und Zufriedenheit mit der (Wirtschafts-)Politik seit Amtsantritt der Bundesregierung unter Entscheidern in Unternehmen und in der Bevölkerung entwickelt haben. Die Ablehnung steigt von 23 % auf 45 % (Bevölkerung) und von 26 % auf 42 % (Unternehmensvertreter). Basis sind Daten des GBP zur Bewertung der Wirtschaftspolitik in Deutschland durch Unternehmensvertreter (Skala 0-10, gewichtet; „gar nicht zufrieden“: 0-1, „neutral/zufrieden“: 5-10) und des ARD-DeutschlandTrends zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung („zufrieden gesamt“ entspricht „sehr zufrieden“ und „zufrieden“). Niveaus sind wegen unterschiedlicher Fragen und Skalen nur eingeschränkt vergleichbar.

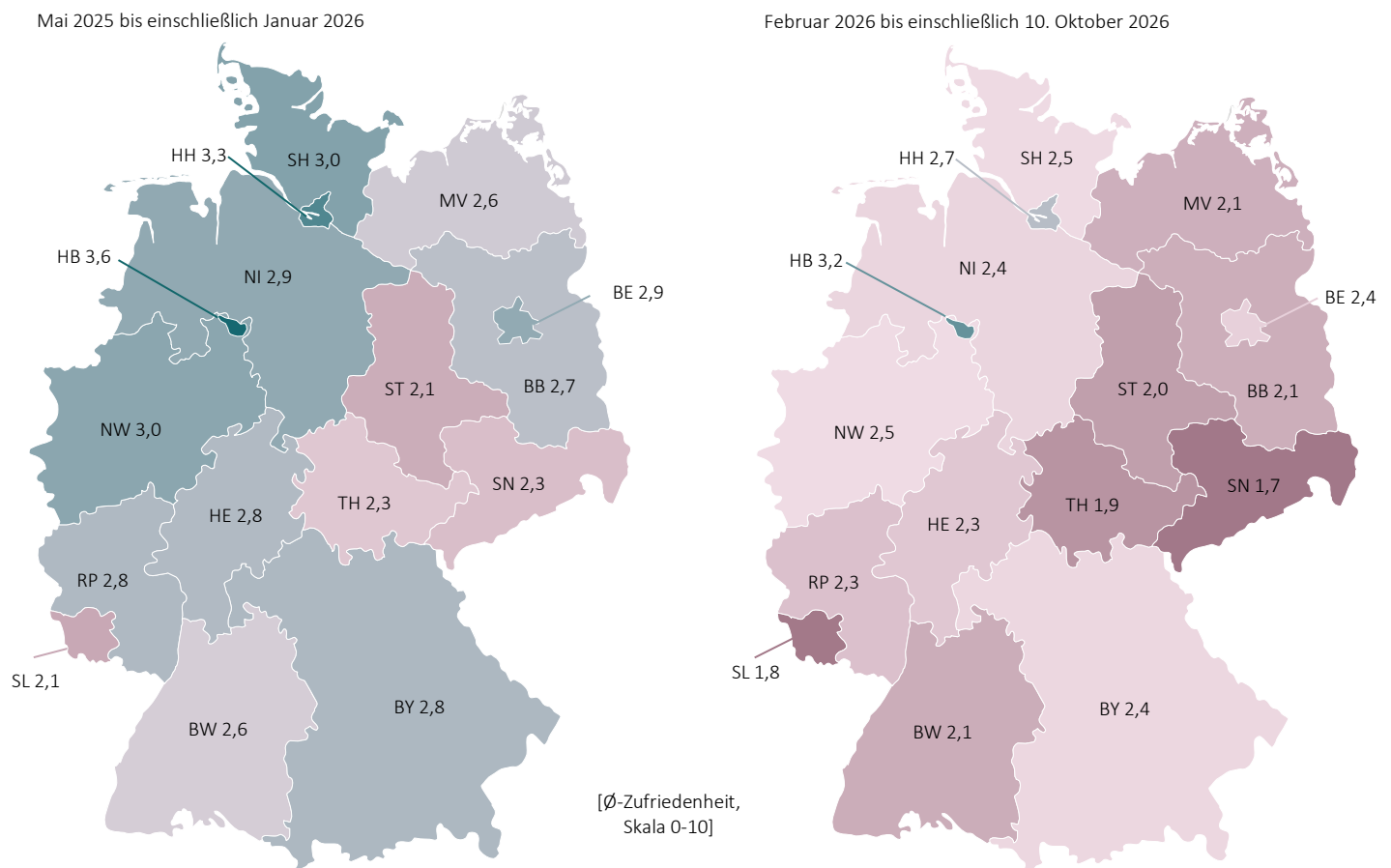
Abbildung 2

Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik steigt seit Mai 2025 bundesweit stark an

Die Karten zeigen die durchschnittliche Bewertung der Wirtschaftspolitik auf einer Skala von 0 (sehr unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) nach Bundesländern – links für die erste Hälfte des Beobachtungszeitraums seit Amtsantritt der Bundesregierung (Mai 2025 bis Januar 2026), rechts für die zweite Hälfte (Februar bis Oktober 2026, Daten bis einschließlich 10. Oktober 2026).

Der Vergleich verdeutlicht zwei Muster. Erstens sinkt die Bewertung in allen 16 Bundesländern – im Durchschnitt der Länder um 0,45 Punkte, am stärksten in Brandenburg (-0,6), am geringsten in Sachsen-Anhalt (-0,1). Der Rückgang ist damit kein regionales Phänomen, sondern zeigt sich flächendeckend. Zweitens bleibt das regionale Gefälle stabil: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und das Saarland weisen in beiden Zeiträumen die niedrigsten Werte auf; in Sachsen und im Saarland liegt die Bewertung zuletzt unter 2 Punkten. Das Muster folgt dabei nicht allein einer Ost-West-Trennung: Mit dem Saarland zählt auch ein westdeutsches Land zu den Ländern mit den niedrigsten Bewertungen, während Berlin trotz eines deutlichen Rückgangs (von 2,9 auf 2,4 Punkte) im Mittelfeld liegt. Die höchsten Bewertungen verzeichnen Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Doch auch dort bleibt das Niveau niedrig: Kein Flächenland erreicht in der zweiten Hälfte mehr als 2,5 Punkte.

Wie bewerten Unternehmensvertreter die Wirtschaftspolitik
je Bundesland?



Wie entwickelt sich die Zufriedenheit in den Ländern mit Landtagswahlen
im Herbst 2026?

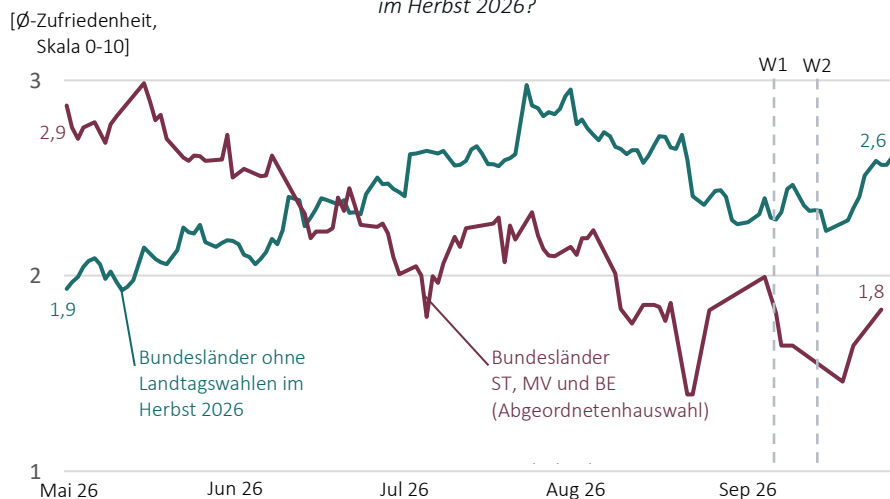


Abbildung 3

Vor den Landtagswahlen sinkt die Zufriedenheit

Dargestellt ist die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik (Skala 0-10) als gleitender 30-Tage-Durchschnitt, getrennt nach Ländern mit und ohne Landtagswahlen im Herbst 2026; W1 und W2 markieren die Wahltermine. In den Wahlländern sinkt die Zufriedenheit von 2,9 auf 1,8 Punkte und erreicht ihren Tiefpunkt um die Wahltermine, in den übrigen Ländern steigt sie von 1,9 auf 2,6 Punkte. Die geglätteten Verläufe bilden Tendenzen ab.

Abbildung 4

Wirtschaftspolitische Unzufriedenheit geht mit bestimmten Parteipräferenzen einher

Abbildung 4 stellt für alle 16 Bundesländer die Zufriedenheit der Unternehmensvertreter den gemeinsamen Umfragewerten von AfD, Die Linke und BSW gegenüber. Die Zufriedenheitswerte beruhen auf den Antworten aus dem Zeitraum Februar 2026 bis einschließlich 10. Oktober 2026.

In Ländern mit einem höheren gemeinsamen Umfrageanteil der drei Parteien sind Unternehmensvertreter im Schnitt unzufriedener mit der Wirtschaftspolitik. Die Trendlinie fällt von knapp 2,5 Punkten bei rund 23 % auf etwa 2,0 Punkte bei rund 63 %. Dieses Muster beruht allerdings vor allem auf Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland. Die westdeutschen Länder kommen auf Umfragewerte zwischen 23 % und 34 % und eine durchschnittliche Zufriedenheit von rund 2,4. Berlin und die ostdeutschen Länder liegen bei 47 % bis 63 % und rund 2,1. Innerhalb beider Gruppen streut die Zufriedenheit deutlich.

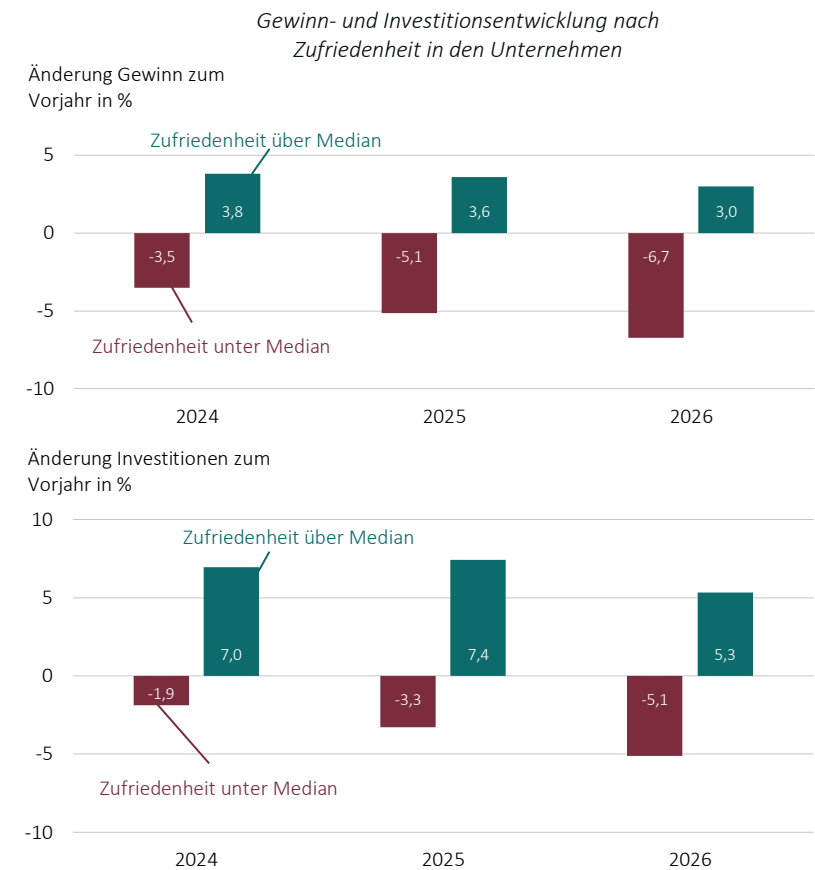
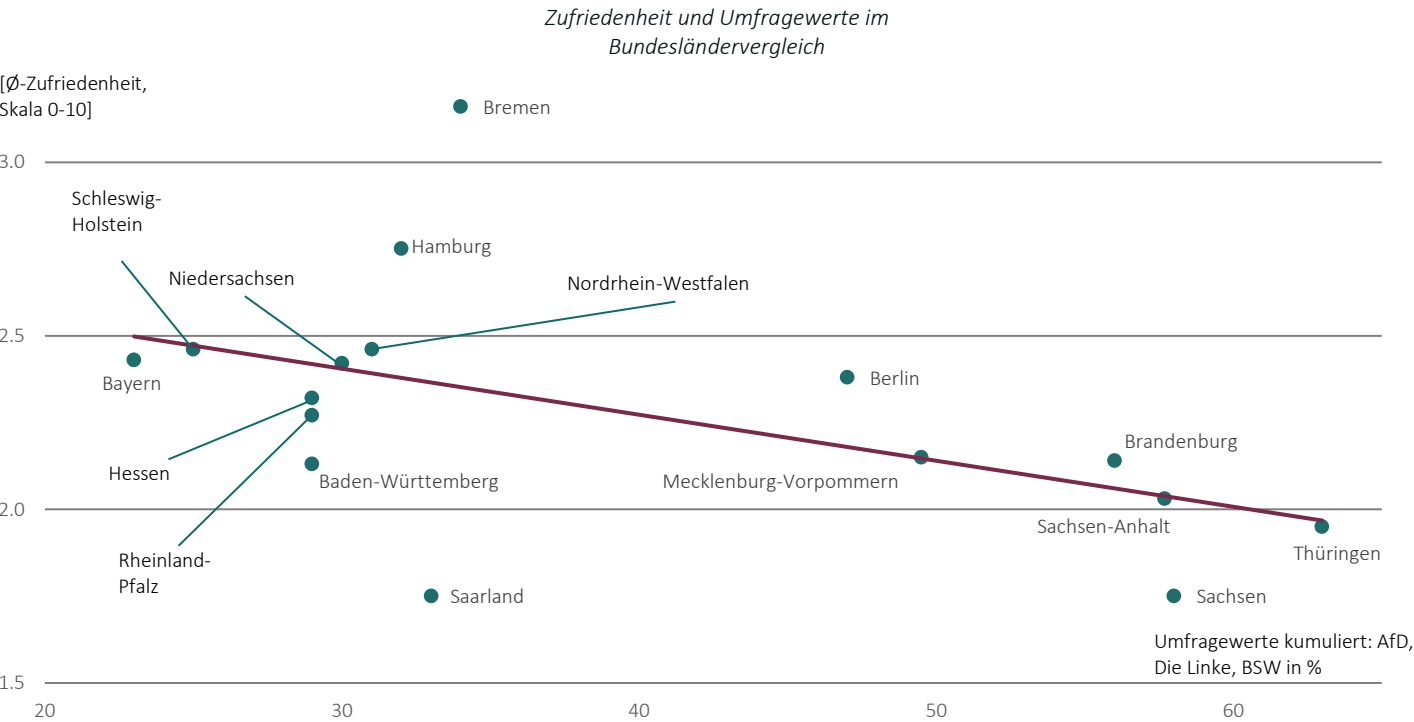


Abbildung 5
Gewinn- und Investitionsentwicklung von Unternehmen und wirtschaftspolitische Zufriedenheit

Die Abbildung zeigt, wie sich Gewinne und Investitionen von 2024 bis 2026 jeweils gegenüber dem Vorjahr verändert haben, getrennt nach Unternehmen, deren berichtete Zufriedenheit über und unter dem Median liegt. Unternehmen, in denen von relativer Zufriedenheit berichtet wird, steigern durchschnittlich ihre Gewinne in allen drei Jahren, wenn auch mit nachlassender Dynamik (von 3,8 % auf 3,0 %). In Unternehmen, die von relativer Unzufriedenheit berichten, gehen die Gewinne dagegen durchschnittlich zurück: 2024 um 3,5 %, 2026 bereits um 6,7 %. Der Abstand zwischen beiden Gruppen wächst damit von 7,3 auf 9,7 Prozentpunkte. Ähnlich verläuft die Entwicklung bei den Investitionen. Hier wächst der Abstand von 8,9 Punkten (2024) auf 10,4 Punkte (2026).

Geforderte staatliche Unterstützungsmaßnahmen nach Zufriedenheit

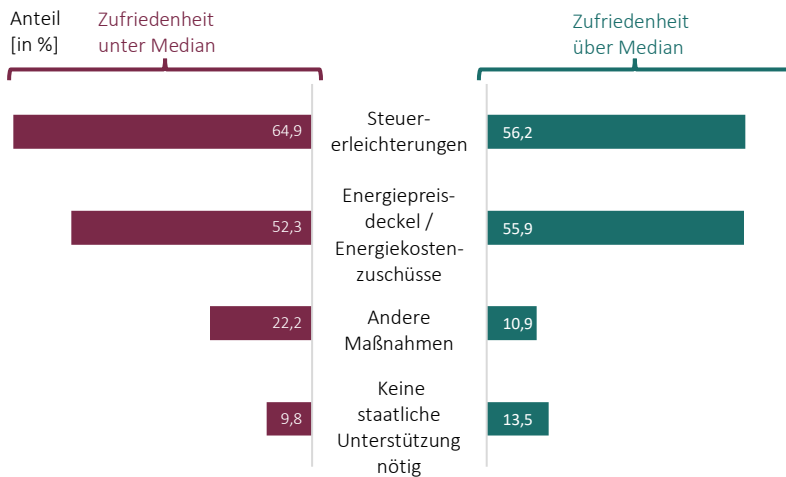


Abbildung 6 Steuersenkungen und Entlastungen bei Energiekosten werden am häufigsten gefordert

Die Abbildung zeigt, wie viel Prozent der befragten Unternehmensentscheider die jeweilige staatliche Unterstützungsmaßnahme fordern. Dabei werden Unternehmensvertreter mit Zufriedenheitswerten unter und über dem Median verglichen. Beide Gruppen fordern am häufigsten Steuererleichterungen (64,9 % bzw. 56,2 %) sowie Zuschüsse zu Energiekosten (52,3 % bzw. 55,9 %). Die Gruppe, in der die Zufriedenheit über dem Median liegt, fordert häufiger gar keine staatliche Unterstützung (13,5 % ggü. 9,8 %). Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben die Anteile innerhalb einer Gruppe zusammen mehr als 100 %.

Unternehmensvertreter sind zunehmend unzufrieden mit der (Wirtschafts-)Politik

Seit dem Amtsantritt der Bundesregierung im Mai 2025 ist die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik unter Entscheidungsträgern in deutschen Unternehmen deutlich gesunken (**Abbildung 1**). Der Anteil der Unternehmen, die von sehr geringer Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik berichten, ist seit Juni 2025 von 26 % auf 42 % gestiegen. In der Bevölkerung hat sich die allgemeine politische Unzufriedenheit, die sich nicht nur auf Wirtschaftspolitik bezieht, gemäß ARD-DeutschlandTrend nahezu parallel von 23 % auf 45 % erhöht und damit fast verdoppelt. Der Anteil der Zufriedenen wiederum hat sich mehr als halbiert: in der Bevölkerung von 40 % auf 15 %, unter Unternehmensentscheidern von 32 % auf 13 % (einschließlich neutraler Antworten).

Zufriedenheit sinkt in allen Bundesländern

Abbildung 2 zeigt, wie sich die Zufriedenheit der Unternehmensentscheider mit der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Bundesländern entwickelt hat. Vergleicht man die Zeiträume Mai 2025 bis Januar 2026 und Februar bis Oktober 2026, ist die Zufriedenheit in allen 16 Bundesländern gesunken. In einer separaten Analyse fallen die jüngsten Werte allerdings wieder etwas höher aus. Zudem zeigt sich ein Ost-West-Gefälle: In den neuen Bundesländern bleibt die Zufriedenheit im Durchschnitt hinter den alten zurück; am niedrigsten liegt sie zuletzt in Sachsen (1,7) und Thüringen (1,9). Durchgängig ist die Trennung jedoch nicht: Das Saarland liegt mit 1,8 zwischen diesen beiden Ländern, und Baden-Württemberg erreicht mit 2,1 lediglich das Niveau von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Diese beiden westlichen Bundesländer erfahren aktuell einen ähnlich starken Strukturwandel.

Wahlländer und übrige Länder entwickeln sich gegenläufig

Abbildung 3 zeigt zudem die Entwicklung in den drei Bundesländern, in denen im September 2026 gewählt wurde (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin), im Vergleich zu den übrigen Ländern. Seit Mai 2026 verläuft die Entwicklung dort gegenläufig: Während die Zufriedenheit in den übrigen Ländern von 1,9 sogar leicht auf 2,6 gestiegen ist, ist sie in den drei Wahlländern von durchschnittlich 2,9 auf 1,8 gesunken. Alle drei Wahlkämpfe zeichneten sich durch populistisch geprägte Kampagnen an beiden Enden des politischen Spektrums aus, die auch auf wirtschaftspolitische Themen und insbesondere den Kostendruck (Energiekosten, Abgabenbelastung) eingingen. Damit sprachen sie Probleme an, mit denen auch viele Unternehmen konfrontiert sind.

Abbildung 4 stellt daher systematisch die kumulierten Umfragewerte von AfD, BSW und Die Linke in den einzelnen Bundesländern der dort gemessenen wirtschaftspolitischen Zufriedenheit von Unternehmensvertretern gegenüber. In Ländern, in denen die wirtschaftspolitische Zufriedenheit im Durchschnitt geringer ausfällt, erzielen diese Parteien zusammen höhere Umfragewerte. Getragen wird dieses Muster vor allem von den neuen Bundesländern, die sowohl eine geringere Zufriedenheit als auch deutlich höhere Umfragewerte dieser Parteien aufweisen. Innerhalb der alten Bundesländer, deren Umfragewerte enger beieinander liegen, streut die Zufriedenheit dagegen deutlich: Bremen und das Saarland liegen bei nahezu gleichen Umfragewerten am oberen bzw. unteren Rand der Länderwerte (3,2 bzw. 1,8).

Stärkere Unzufriedenheit geht mit schwächerer Gewinnentwicklung und Investitionskürzungen einher

Abbildung 5 vergleicht die Gewinn- und Investitionsentwicklung gegenüber dem Vorjahr für die Jahre 2024 bis 2026 (Daten bis einschließlich 10. Oktober), getrennt nach Unternehmen, deren Vertreter die Wirtschaftspolitik über beziehungsweise unter dem Median bewerten. Das Muster ist in allen drei Jahren gleich: Die zufriedeneren Gruppe verzeichnet im Durchschnitt steigende Gewinne und Investitionen. In der unzufriedeneren Gruppe sind sie rückläufig. Im Zeitverlauf hat sich der Abstand zwischen beiden Gruppen vergrößert, vor allem weil sich die Rückgänge in der unzufriedeneren Gruppe verstärkt haben: Ihr Gewinnrückgang hat sich von 3,5 % im Jahr 2024 auf 6,7 % im Jahr 2026 fast verdoppelt, der Rückgang der Investitionen hat sich von 1,9 % auf 5,1 % fast verdreifacht.

Breiter Ruf nach Entlastung

Abbildung 6 zeigt, wie häufig von den befragten Unternehmensentscheidern verschiedene staatliche Unterstützungsmaßnahmen gefordert werden, getrennt nach Gruppen mit Zufriedenheitswerten unterhalb und oberhalb des Medians. In beiden Gruppen stehen zwei Maßnahmen im Vordergrund: Steuererleichterungen sowie Zuschüsse zu Energiekosten.

Insgesamt äußert die unzufriedenere Gruppe etwas häufiger Unterstützungsbedarf. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei Steuererleichterungen (64,9 % gegenüber 56,2 %) und anderen Maßnahmen (22,2 % gegenüber 10,9 %). Zuschüsse zu Energiekosten werden dagegen in beiden Gruppen ähnlich häufig gefordert. Keinen staatlichen Unterstützungsbedarf sehen 13,5 % der zufriedeneren und 9,8 % der unzufriedeneren Gruppe.

„Falsche Zielsetzungen, wenig echte Reformen, sondern Symbolpolitik.“

Beratungs-Dienstleister mit 10 Beschäftigten

„Die politischen Ansätze sind teilweise vorhanden – die Umsetzung ist jedoch eine mittelschwere Katastrophe. Bürokratie, Nachweispflichten, steigende Kosten und immer neue Regulierung lähmen den Mittelstand und vermitteln Unternehmen zunehmend das Gefühl, unter Generalverdacht zu stehen.“

Verarbeitendes Gewerbe mit 80 Beschäftigten

„Es ist kein Plan erkennbar und entsprechend ist keine Planungssicherheit vorhanden.“

Lebensmittelunternehmen mit 200 Beschäftigten

Aktuelle Unternehmenstrends im Überblick



Die erwartete Gewinnveränderung erholt sich im dritten Quartal 2026 um **+1,83 Prozentpunkte** von ihrem Aufzeichnungstief des Vorquartals. Mit durchschnittlich -2,76 Prozent befinden sich die Gewinnprognosen aber weiterhin klar auf Schrumpfungskurs.

Gleichzeitig geht die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit im dritten Quartal 2026 um **-0,72 Prozentpunkte** zurück. Dies deutet auf ein anhaltend angespanntes Marktumfeld, aber ein etwas geringeres Risiko von Unternehmensaufgaben hin.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik steigt im dritten Quartal leicht um **+0,10 Punkte**. Mit 2,26 Punkten auf einer Skala von null (sehr unzufrieden) bis zehn (sehr zufrieden) bleibt sie dennoch auf einem der niedrigsten Stände seit Aufzeichnungsbeginn.

- i** Weitere Kennzahlen finden Sie hier:
- [1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
 - [2. Unternehmerische Entscheidungen](#)
 - [3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
 - [4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft